

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Mehr Einbürgerungen im Land Bremen

Das Bundesland Bremen profitiert von der Vielfalt der hier lebenden Menschen. Aus Sicht der bremischen Integrationspolitik ist es besonders wichtig, das Engagement der Bremerinnen und Bremer mit Migrationshintergrund für die Entwicklung Bremens und Bremerhavens zu nutzen. Um sich aber aktiv in die Gesellschaft einzubringen und uneingeschränkte staatsbürgerliche Verantwortung für das Gemeinwesen zu übernehmen, ist die deutsche Staatsangehörigkeit Voraussetzung.

Die Einbürgerungszahlen in Deutschland sind jedoch rückläufig, so dass mit Hilfe von Einbürgerungskampagnen für die Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit geworben wird.

Ziel dieser von den Bundesländern initiierten Kampagnen ist, Migrantinnen und Migranten, bei denen prinzipiell die aufenthaltsrechtlichen Einbürgerungsvoraussetzungen vorliegen, zur Antragstellung zu ermutigen. Zugleich werden damit zahlreiche mit der Staatsangehörigkeit im Allgemeinen verknüpfte Gesichtspunkte angesprochen: Identität und Herkunft, Heimat und Wahlheimat, Loyalität gegenüber der Verfassung und Akzeptanz des Rechtssystems, der Werteordnung und der Bürgerrechte, Vielfalt und Identifikation mit der deutschen Gesellschaft.

Mit dem Erwerb der Staatsbürgerschaft sind viele Vorteile verbunden. Der deutsche Pass eröffnet ihnen neue Teilhabemöglichkeiten, zum Beispiel das aktive und passive Wahlrecht, das ihnen die Mitwirkung an der politischen Willensbildung eröffnet. Er dokumentiert zugleich gegenüber der Gesellschaft und ihren Institutionen, dass sich der bzw. die Staatsangehörige eindeutig dafür entschieden hat, alle Rechte und Pflichten als Bürgerin und Bürger für sich in Anspruch zu nehmen und auszuüben.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Wie viele Personen haben in den letzten vier Jahren einen Antrag auf Einbürgerung gestellt und wie hat sich diese Zahl im ersten Halbjahr 2014 entwickelt?
2. Wie viele Anträge wurden abgelehnt, und welche Gründe lagen dafür vor?
3. Wie lange dauert das Verfahren der Einbürgerung vom Zeitpunkt der Antragstellung bis zum Erhalt der deutschen Staatsangehörigkeit und was sind gegebenenfalls die Gründe für unverhältnismäßig lange Bearbeitungszeiten? Welche Maßnahmen gedenkt der Senat zu ergreifen, um eine zügige Bearbeitung der Anträge zu gewährleisten?
4. Welche Rolle spielen Beratungsgespräche der zuständigen Dienststellen beim erfolgreichen Antragsverfahren?

5. Wie hat sich die Einbürgerungsquote des Bundeslandes Bremen im Vergleich zu den anderen Bundesländern seit 2010 entwickelt?
6. Welche Gründe sind nach Kenntnis des Senats dafür maßgebend, dass die Einbürgerung nicht beantragt wird, obgleich die Voraussetzungen vorliegen?
7. Wie hoch sind die Gebühren im Einbürgerungsverfahren im Regelfall, welche Möglichkeiten bestehen hinsichtlich einer Gebührenreduzierung und in welchem Maße werden diese genutzt?
8. In wie vielen Fällen erfolgten die Einbürgerungen in den vergangenen vier Jahren und im ersten Halbjahr 2014 unter Beibehaltung der bisherigen Staatsangehörigkeit (bitte insgesamt und nach den jeweils beteiligten nicht deutschen Staatsangehörigkeiten aufgeschlüsselt)?
9. Gibt es derzeit Bemühungen des Senats, die Zahl der Einbürgerungen zu erhöhen, wenn ja, welche, und ist eine neue Einbürgerungskampagne in Planung bzw. Vorbereitung?
10. Welche Erkenntnisse in Bezug auf den Erfolg hat der Senat aus der letzten Einbürgerungskampagne im Jahr 2010 gezogen und inwieweit werden sie bei der Konzipierung einer neuen Kampagne berücksichtigt?
11. Welche Pläne verfolgt der Senat, Multiplikatoren wie den Bremer Rat für Integration, die Kammern, die muslimischen Verbände und andere Einrichtungen der Zivilgesellschaft im Rahmen einer neuen Kampagne einzubinden und mit welcher konkreten Zielsetzung?
12. Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um das Thema „Einbürgerung“ im Schulunterricht zu verankern?
13. Welche Bedeutung misst der Senat den Einbürgerungsfeiern zu?
14. Welche Maßnahmen sind ergriffen worden, um die Ausländerbehörden Bremens zu einem „Servicebereich Aufenthalt und Einbürgerung“ fortzuentwickeln?

Dr. Zahra Mohammadzadeh, Dr. Matthias Güldner
und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN